

Verfahren für Wasserkraft- und Windenergieanlagen beschleunigen

Der Bundesrat schlägt vor, die Planungs- und Bewilligungsverfahren für die bedeutendsten Anlagen der Wasserkraft und der Windenergie zu vereinfachen und zu straffen, ohne Abstriche beim Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz zu machen. Zusätzlich will der Bundesrat den Ausbau der Photovoltaik vorantreiben, indem die Investitionen für Photovoltaikanlagen auch bei Neubauten steuerlich abgezogen werden können und die Zulassung von Solaranlagen an Fassaden vereinfacht wird. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 2. Februar 2022 eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung gegeben.

www.admin.ch

Ladestationen für die Elektrofahrzeugflotte der Kantonspolizei

Die Kantonspolizei Zürich setzt bei ihrer Fahrzeugstrategie auf Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit. So verfügen schon 20 Prozent der Dienstfahrzeuge über einen alternativen Antrieb – Tendenz weiter steigend. Einen bedeutenden Anteil machen dabei Elektrofahrzeuge aus. Um die Ladeinfrastruktur an den verschiedenen Standorten sicherzustellen, hat der Regierungsrat eine Ausgabe von 3,4 Millionen Franken bewilligt.

In einem ersten Schritt sind bisher 15 Standorte der Kantonspolizei mit Wechselstrom-Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität ausgestattet worden. In einem nächsten Schritt folgen weitere 47 Standorte. Insgesamt benötigt die Kantonspolizei zurzeit 129 Wechselstrom-Ladestationen und 6 Gleichstrom-Schnell-Ladestationen, damit rund ein Drittel der Parkplätze für Dienstfahrzeuge mit Ladestationen ausgerüstet sind.

- Regierungsratsbeschluss Nr. 1203/2021
- Artikel «Zürcher Autoflotte im Wandel», Seite 39

Submission nachhaltiger Erosionsschutz und Begrünung

Bei Grünflächen entlang von Strassen ist neben der eigentlichen Begrünung vor allem mit zunehmender Neigung der Böschungen der Erosionsschutz von massgebender Bedeutung. Mit Erosionsschutzprodukten aus Schweizer Holzwolle- oder Bio-Stroh mit kurzen Transportwegen, die ohne Einsatz von Herbiziden und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden, stehen gute Optionen zur Verfügung, die bei Ausschreibungen berücksichtigt werden können.

www.zh.ch/tiefbau → geplante Strassenprojekte → Submissionen → Ausschreibungstexte → Vorlagen Planer und Unternehmer

Kantonale Gewässernummern in den Geodaten des AWEL

Die öffentlichen Oberflächengewässer des Kantons Zürich wurden bisher gemeindeweise in analogen Gewässerübersichtsplänen (1:5000) und in dazugehörigen Gewässerverzeichnissen mit einer kommunalen Nummer und Namen verfügt. Mit der Umstellung von gedruckten kommunalen Plänen auf einen gesamtkantonalen digitalen Gewässerplan führt das AWEL eine eindeutige vierstellige kantonale Gewässernummer ein.

www.zh.ch

Stärkung der Kreislaufwirtschaft und der Ressourceneffizienz

Verschiedene Hürden bremsen die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft und verhindern eine effiziente Ressourcennutzung. Im Bausektor und in der Ernährungswirtschaft ist das Verbesserungspotenzial besonders gross. Die Bundesverwaltung prüft Massnahmen, um diese Hemmnisse anzugehen. In Erfüllung eines Postulats hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 11. März 2022 den Bericht «Die Hürden gegen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft abbauen» verabschiedet

www.admin.ch

Geänderte Verordnungen im Umweltbereich

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 23. Februar 2022 Änderungen an drei Verordnungen im Umweltbereich genehmigt. Die Anpassungen zielen insbesondere darauf ab, die Ablagerung von Ausbauasphalt in Deponien zu begrenzen. Weiter betreffen sie neue Bestimmungen für Chemikalien und Pflanzenschutzmittel sowie Vereinfachungen im Vollzug der Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen.

www.admin.ch

Nutzung von Mobilitätsdaten und effizientes Verkehrssystem

Um die Infrastrukturen und Angebote des öffentlichen und privaten Verkehrs optimal nutzen zu können, braucht es einen besseren Informationsfluss zwischen Infrastrukturbetreibern, Verkehrsunternehmen, privaten Anbietern und Verkehrsteilnehmenden. Der Bundesrat schlägt vor, dazu eine staatliche Mobilitätsdateninfrastruktur aufzubauen, über die sich die verschiedenen Akteure einfacher vernetzen sowie Daten bereitstellen und austauschen können. An seiner Sitzung vom 2. Februar 2022 hat der Bundesrat einen entsprechenden Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung geschickt.

www.admin.ch

Der Baudirektor meint der Klimaschutz gehört in die Verfassung



Regierungsrat Martin Neukom,
Baudirektor

Am 15. Mai stimmt die Bevölkerung des Kantons Zürich über die Aufnahme eines Klimaschutzartikels in die Kantonsverfassung ab. Dieser neue Artikel 102 a schliesst an den bestehenden Artikel 102 an, der primär die lokale Umwelt des Kantons betrifft.

Es geht nicht zuletzt darum, diesem Lokalbezug ein Pendant zu verschaffen, das die globale Dimension des Klimawandels unterstreicht. Der Kanton stützt also nicht das kantonale Klima, sondern leistet einen Beitrag, um das globale Klima zu stabilisieren. Es ist folglich nicht so, dass unsere bestehenden Normen ausreichen, wie die Gegner der Vorlage gerne ins Feld führen. Ebenso unzutreffend ist der Vorwurf, eine solche Verfassungsänderung sei blosses Symbolpolitik. Die Kantonsverfassung ist unser höchster Rechtserlass und umschreibt die wichtigsten öffentlichen Aufgaben zuhanden des Kantons und der Gemeinden. Wörtlich genommen gibt die Verfassung Auskunft darüber, «in welcher Verfassung» ein Gemeinwesen ist, und darüber, welche Normen von besonderer Bedeutung sind. Was dort steht, ist grundsätzlich wichtig.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die stark gewachsene Bedeutung des Klimaschutzes eine solche Platzierung auf höchster Stufe rechtfertigt. Wenn dort nun das Ziel der Treibhausgasneutralität, auch Netto-Null genannt, definiert wird, nimmt sich der Kanton Zürich mit seinem hohen Ausstoss an Treibhausgasen selbst in die Verantwortung. Die Aufnahme des Artikels 102 a setzt ein klares Klimaziel, ist ein gemeinsames Commitment und schafft dadurch Planungssicherheit für Wirtschaft und Gesellschaft.